

„Schon seit Monaten drängt sich der Verdacht auf, dass die Bundesregierung die von ihr verkündete Energiewende abwürgen und den Ausstieg aus der Atomenergie wieder rückgängig machen will. Die jetzt angekündigte enorme Absenkung der Solarförderung ist nur der vorerst letzte Sabotageakt in einer ganzen Reihe“, schreibt die Anti-Atom-Initiative Groß-Gerau in einer Stellungnahme.

Anders könne man den Deal zwischen Umwelt- und Wirtschaftsminister nicht verstehen, welcher am letzten Donnerstag der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Wie berichtet, soll bereits am 9. März die Solarstromvergütung für Privatleute, die wichtigsten Akteure wenn es um den Ausbau Erneuerbarer Energien geht, abermals um 20 Prozent gesenkt werden, nach bereits 15 Prozent Absenkung zum Jahreswechsel und zwei Kürzungen im vergangenen Jahr.

„Warum werden die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen für das Handwerk und die Solarindustrie billigend in Kauf genommen?“, fragt die Anti-Atom-Initiative. Argumente wie eine angeblich übertriebene Subventionierung werden in anderen Branchen seit Jahrzehnten hingenommen. Allein rund 265 Milliarden Euro an Steuergeldern sind laut Greenpeace seit 1961 allein in Deutschland in die Subventionierung der menscheitsgefährdenden Atomindustrie geflossen. Auch der Steinkohleabbau wurde lange Jahre mit dem sogenannten ‚Kohlepfeffig‘ über die Stromrechnung finanziert und findet inzwischen verdeckt im Staatshaushalt statt. Die Automobilindustrie, welche zurzeit ungeheure Gewinne einfährt, wird mit einer Milliarde Euro aus staatlichen Töpfen zusätzlich unterstützt, um die Elektromobilität marktfähig zu machen.

In der Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde schon im letzten Jahr die Einspeisevergütung für Windkraftanlagen an Land, sowie jene von Biomasse-Anlagen stark abgesenkt. In der Folge werden weniger neue Windräder und kaum neue Biogas-Anlagen gebaut, weil sie nicht mehr rentabel sind. Dies betrifft auch die vorgesehene Erweiterung in Wallerstädten. Es werden auch kaum noch Gaskraftwerke gebaut, welche zum schnellen Regeln als Ergänzung der Erneuerbaren nötig sind. Durch die preisliche Koppelung des Erdgases mit dem Erdöl ist der Gaspreis so hoch, dass die Produktionskosten nicht mehr abgedeckt werden können.

Eine Verhinderungsstrategie reiht sich an die andere. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler hat in konsequenter Fortführung der Boykottarbeit seines Vorgängers und FDP-Parteifreundes Rainer Brüderle die von der EU vorgelegte Richtlinie zur Energieeffizienz verwässert. Mit dieser sollten die Energieversorger in die Pflicht genommen werden, in ihrem Absatzgebiet jährlich durch innovative Maßnahmen den Stromverbrauch um 1,5 Prozent zu senken. Auch den Vorschlag der EU, dass im Gebäudebereich pro Jahr drei Prozent der öffentlichen Gebäude energiewerksaniert werden, will er verhindern. Die seit Jahren in Deutschland sehr erfolgreiche Förderung der energetischen Sanierung von Privathäusern ist ebenfalls ins Stocken geraten, da eine Einigung über die Förderrichtlinien zwischen Bund und Ländern seit letztem Sommer verschleppt wird. Stattdessen werden neue Kohlekraftwerke aus Klimafondsgeldern gefördert und die stromintensive Großindustrie auf Kosten des privaten Kleinverbrauchers entlastet. „Dies alles sind handfeste Indizien, dass eine wirkliche Energiewende und der Ausstieg aus der Atomindustrie von der Bundesregierung nicht gewollt sind“, schreibt die Initiative.

Eine maßvolle Absenkung der Solarförderung über mehrere Jahre steht völlig außer Frage, und bisweilen ist der Solarstrom vom eigenen Dach inzwischen sogar billiger als jener aus der Steckdose. Der eigentliche Skandal liegt jetzt in der überfallartigen Ankündigung der von

Philipp Rösler und Norbert Röttgen erklärten Gesetzesänderungen. Mit keinem anderen Wirtschaftszweig in Deutschland wurde jemals d erart umgesprungen, dass wichtige Investitions- und Rahmenbedingungen alle paar Monate krass geändert wurden. Mit der Kurzfristigkeit der Gesetzesänderung wird jetzt sogar in laufende Investitionen eingegriffen. Zahlreiche Bürger- und Energiegenossenschaften haben sich im vergangenen Jahr gegründet und inzwischen Aufträge für Photovoltaik-Anlagen vergeben, die bis Ende März realisiert werden sollten. Wird das EEG nun wie vorgesehen schon zum 9. März geändert, so entfällt für diese Investitionen die wirtschaftliche Grundlage und der Gesetzgeber lässt diese engagierten Menschen finanziell in die roten Zahlen laufen. Es wäre juristisch zu prüfen, ob man dem Bürger innerhalb von drei Wochen jegliche Planungssicherheit entziehen darf. Keine Regierung hätte sich gewagt, z. B. innerhalb von vier Wochen die Eigenheimzulage zu streichen. Oder wenn man einst die Abwrackprämie ausgesetzt hätte, während 100.000 Bürger gerade den Kaufvertrag für ihren Neuwagen unterschreiben.

Wie wäre es denn, wenn man endlich ein Gesetz erlassen würde, dass ab 9. März die Atomkonzerne für ihren sämtlichen Müll selbst verantwortlich sind, und anstelle des Steuerzahlers alle Kosten tragen müssen für Transport, Zwischenlager, Endlagersuche und Bewachung für mindestens 100.000 Jahre!

„Diese Bundesregierung hat die Energiewende zwar vollmundig angekündigt, tut aber alles dafür, dass sie nicht stattfindet“, empört sich die Anti-AKW-Initiative in ihrer Stellungnahme.